

28.12.2018 - 13:57 Uhr

## Ohoven: Wachstum und Wohlstand stehen 2019 auf dem Spiel

Berlin (ots) -

"Der Mittelstand befürchtet, dass Deutschland 2019 in die Rezession abgleiten könnte. Die Bundesregierung muss jetzt umsteuern, um Wachstum und Wohlstand zu sichern. Dem Personalwechsel an der Spitze der Union muss ein Politikwechsel der Großen Koalition folgen." Dies erklärte Mittelstandspräsident Mario Ohoven am Freitag bei der Vorstellung der Ergebnisse der traditionellen Unternehmerumfrage des BVMW zum Jahreswechsel.

Der Umfrage zufolge erwarten fast 53 Prozent der Mittelständler, dass Deutschland in den nächsten 12 Monaten in die Rezession abgleiten könnte. "Das globale Wachstum geht zurück, ein harter Brexit droht, Handelssanktionen greifen um sich, und der bisherige Wachstumsmotor Automobilindustrie stottert", warnte Ohoven. Außerdem dämpfe der anhaltende, massive Fachkräftemangel die Wachstumsaussichten. Laut Umfrage haben über 92 Prozent der Mittelständler Schwierigkeiten, offene Positionen zu besetzen.

Zu den vorrangigen Aufgaben der Politik gehört aus Sicht der Unternehmer eine Senkung der Steuerbelastung für Unternehmen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags wäre für 82,5 Prozent der Befragten ein erster Schritt mit Signalwirkung. Einen beschleunigten Breitbandausbau fordern 64,7 Prozent, für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung plädieren knapp 77 Prozent.

Es gehe darum, Deutschland fit für die Zukunft zu machen, so Ohoven. "In der Haushaltspolitik muss umgesteuert werden, Zukunftsinvestitionen müssen Vorrang vor Sozialkonsum bekommen." Dazu müsse der Anstieg der Sozialausgaben, die heute schon über 57 Prozent des Bundeshaushalts ausmachen, begrenzt werden.

Zuversichtlich zeigten sich die Unternehmer, wenn es um das eigene Unternehmen geht. So schätzen fast 52 Prozent ihre gegenwärtige Geschäftslage als gut ein, 18 Prozent sogar als sehr gut. Ein Drittel der Mittelständler erwartet für die kommenden 12 Monate eine noch günstigere Entwicklung.

Wie vor jeder bundesweiten Wahl wurden die Wahlabsichten der Mittelständler zur Europawahl 2019 abgefragt. Danach hätten Union und FDP zusammen eine Zweidrittelmehrheit. Die AfD bliebe mit 8,6 Prozent deutlich hinter ihren Wahlergebnissen der vergangenen zwei Jahre zurück. Die SPD käme auf lediglich 3,5 Prozent. "Die SPD muss dringend ein Angebot an den Mittelstand machen", betonte Mittelstandspräsident Ohoven.

Kontakt:

BVMW Pressesprecher  
Eberhard Vogt  
Tel.: 030 53320620  
Mail: [presse@bvmw.de](mailto:presse@bvmw.de)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100057836/100823557> abgerufen werden.